



FRO / AUGENKLICK

Polizeieinsatz im Stadion in Magdeburg

FUSSBALL

Fanverbot auf Verdacht?

Der Streit um die Verhängung von Stadionverboten bei bloßem Verdacht auf Gewaltbereitschaft wird nun das Bundesverfassungsgericht beschäftigen. Der renommierte Stuttgarter Rechtsanwalt Rüdiger Zuck wird für einen FC-Bayern-Fan, gegen den ein zweijähriges, bundesweites Verbot des Besuchs von Fußballspielen ab den Regionalligen aufwärts verhängt worden war, in den nächsten Tagen Verfassungsbeschwerde einlegen. Die beteiligten Anwälte sehen in dem Vorgehen den verfassungsrechtlichen Grundsatz des fairen Verfahrens verletzt. Der Bundesgerichtshof hatte die Klage des Fans zuletzt abgewiesen. Die Verfassungsbeschwerde wird von der Initiative „Fanrechtfonds“ unterstützt. Der damals 16-Jährige war im März 2006 nach Ausschreitungen bei einem Bundesliga-Spiel des FC Bayern München in Duisburg mit rund 60 weiteren Bayern-Fans in Gewahrsam genommen worden. Der Jugendliche beteuerte, die Krawalle nur aus der Distanz verfolgt zu haben; einen Beleg für seine Beteiligung an der Gewalt gab es nicht, das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt. Dennoch verhängte der MSV Duisburg nach den DFB-Regularien gegen ihn ein Stadionverbot. Für den Bundesgerichtshof rechtfertigte bereits „die Zugehörigkeit“ des Fans zu der gewaltbereiten Gruppe „die Annahme, dass er sich bei Fußballveranstaltungen in einem zu Gewalttätigkeiten neigenden Umfeld bewegt“ und von ihm deshalb künftig Störungen ausgehen könnten, die andere gefährden.

ENTWICKLUNGSHILFE

Nebel gegen Merkel

Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) will die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen verhindern. Das geht aus einem internen Papier des Ministeriums hervor. Darin weist die Leitungsebene des Hauses darauf hin, das einstige entwicklungspolitische Prestigetema sei „in der Koalition strittig“ und werde „daher nicht kommen“. Auch an einer internationalen Arbeitsgruppe hierzu will sich die Führung nicht mehr beteiligen. Niebels Beamte hatten zuvor vergebens versucht, den neuen Chef umzustimmen. Das Ministerium habe sich bisher „aktiv für das Thema interessiert“, argumentierten sie und rieten davon ab, „die Finanzmarktsteuer ausdrücklich völlig abzulehnen, da hier selbst bei minimalen Sätzen sehr großes Potential liegt“. Niebels Vorgängerin Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD) hatte das Thema jahrelang unterstützt. Mit dem Kurswechsel provoziert Niebel einen Koalitionsbruch. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich vor dem G-20-Gipfel in Pittsburgh im September für die internationale Abgabe ausgesprochen.



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Niebel

TELEKOMMUNIKATION

Angst vor den Chinesen

In einem Brief an den Nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers greift der Gesamtbetriebsrat von Nokia Siemens Networks den CDU-Politiker an. Rüttgers gefährde deutsche Arbeitsplätze durch die Ansiedlung



LUTA WAGNER

Rüttgers

des chinesischen Telekommunikationsunternehmens Huawei in Düsseldorf.

Der Konzern unterlaufe mit Dumping-Methoden hiesige Wettbewerbsregeln und verstoße gegen europäische Arbeits- und Sozialstandards. Rüttgers will NRW zum „europäischen China-Zentrum“ machen und fördert gezielt die Ansiedlung chinesischer Unternehmen; das Abkom-

men mit Huawei unterzeichnete er kürzlich persönlich auf einer China-Reise. „Wir prüfen die Vorwürfe“, erklärte ein Regierungssprecher auf Anfrage. „Bisher haben wir keine Anhaltspunkte dafür, dass sie zutreffen.“ Die Angst vor der Konkurrenz ist nicht unberechtigt, Nokia Siemens Networks belastete den Siemens-Konzern erst im abgelaufenen Geschäftsjahr mit rund zwei Milliarden Euro. Huawei ist dagegen ein international erfolgreicher Hightech-Konzern, der in Düsseldorf bereits mit Vodafone kooperiert.